

## ANSPRECHPARTNER



**PROF. DR. ERIK SCHWEICKERT**

✉ erik.schweickert@fdp.landtag-bw.de  
☎ 0711 2063 9105



**DANIEL KARRAIS**

✉ daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de  
☎ 0711 2063 9101



**SEBASTIAN HAAG**

Parlamentarischer Berater

✉ sebastian.haag@fdp.landtag-bw.de  
☎ 0711 2063 945

## LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2020

### BEREICH TOURISMUS, EUROPA, INTERNATIONALES

Das große Projekt der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist das Erreichen der Klimaneutralität der Europäischen Union bis zum Jahr 2050. Den Weg dazu stellte sie in ihrem Programm „Green Deal“ Ende letzten Jahres vor, und konkretisierte es in einer Rede im Sommer.

Natürlich formuliert ein Kommissionspräsident immer ambitioniertere Ziele und Maßnahmen als am Ende in den Verhandlungen erzielt wird. Aber insbesondere für die baden-württembergische Automobil- und Zuliefererindustrie bedeutet dieser geforderte starke Abbaupfad bei den CO2-Emissionen, dass vielversprechende und zukunftsweisende Technologien wie synthetische Kraftstoffe und die Brennstoffzelle benachteiligt würden, da hier die Massentauglichkeit noch fehlt – insbesondere, da sich die EU-Kommission bis heute weigert, die Klimafreundlichkeit dieser Technologien für den Straßenverkehr anzuerkennen und sie auf die gleiche Stufe wie die Batterie-Elektromobilität zu stellen. Das werden wir nicht mittragen, denn einen wirksamen Klimaschutz werden wir nicht gegen unsere Wirtschaft, sondern nur mit ihr erreichen.

Das zweite Halbjahr 2020 sollte eigentlich in der deutschen Ratspräsidentschaft entscheidende Fortschritte in den Bereichen Rechtsstaatsme-

chanismus, Asylkompromiss sowie dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, also dem EU-Haushalt, bringen. Alles davor schien nur Vorgeplänkel zu sein. Doch dann kam die Pandemie, die nahezu unmittelbar auf den langen Stillstand durch die Verzögerungen der Wahl der Kommissionspräsidentin folgte. Dies führte zu einer Umsteuerung der Prioritäten, und zu einem beispiellosen Unterstützungsprogramm „Next Generation EU“ für die besonders betroffenen Mitgliedstaaten. Ende Juli beschloss der EU-Minister rat ein Hilfsprogramm in Höhe von 750 Milliarden Euro, von denen 360 Milliarden als Kredite und 390 Milliarden als Zuschüsse fließen sollen. Für dieses Programm wird sich die EU zum ersten Mal verschulden. Diese Schulden sollen über einmalig auszugebene Anleihen aufgenommen und über erhöhte Eigenmittel der EU (Plastiksteuer) wieder eingesammelt werden. Wir beanstanden massiv die hohe Summe an nicht zurückzahlenden Zuschüssen und den Einstieg in eine Verschuldungsfähigkeit der EU, die damit einen Schritt mehr Richtung Haftungs- und Schuldenunion macht. Dieser Weg ist falsch und wird von der FDP/DVP Fraktion nachdrücklich kritisiert!

#### INITIATIVEN

- » Öffnungsperspektive für die Weihnachtsmärkte schnellstmöglich schaffen  
[Drucksache 16/8488](#)
- » Sofortige Abschaffung des Beherbergungsverbots [Drucksache 16/9044](#)
- » Kleine Anfrage Auswirkungen der Fremdenverkehrsabgabe

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

## IM FOKUS:

# SITUATION DES TOURISMUS IM LAND

Das Hotel- und Gaststättengewerbe war schon vor der Corona-Krise in keiner guten Ertragsituation, durch die Schließungen ist das deutlich verschärft worden. Die notwendigen Hilfen kamen zu spät, so dass viele Betriebe im Frühjahr einfach zugemacht haben.



Die Lage des Tourismus in Baden-Württemberg ist in diesem Jahr natürlich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie bestimmt. Die erzwungenen Schließungen ab Mitte März, die für die Hotel- und Gastronomiebranche Mitte Mai unter scharfen Hygienevorschriften wieder aufgehoben wurden, und die bis Mitte Juli andauernden Reisewarnungen haben das Geschäft in vielen Betrieben fast zum Erliegen gebracht. Die von uns früh geforderte Unterstützung wurde erst im Juli durch die Landesregierung auf den Weg gebracht. Dadurch konnten viele Existenzen nicht gerettet werden. Die neuerlichen Einschränkungen im Winter sorgen für große Besorgnis um unsere Tourismuswirtschaft, die ein Standortfaktor für unser Land ist.

Doch auch jenseits der Corona-Krise haben Hotels und Gastronomie mit Einschränkungen zu kämpfen, die deren Arbeit unnötig erschweren. Die unflexiblen Arbeitszeitregelungen, die eine Tageshöchst Arbeitszeit vorsehen, anstatt wie wir vorschlagen auf eine Wochenhöchst Arbeitszeit zu setzen, sorgen für immer größeren Fachkräftemangel in der Branche. Jahreszeitabhängige Branchen brauchen flexible Regelungen, um Arbeitspitzen abfangen zu können. Diese werden ihnen nicht gewährt. Dazu kommt noch die fehlende Bereitschaft im Bund, die Grenze für Minijobs von 450 Euro anzuheben. Das führt dazu, dass bei steigendem Mindestlohn die Arbeitsstunden pro Monat immer weiter sinken.

Eine Ausweitung der Unterstützungshilfen ab dem Januar 2021 ist daher dringend geboten. Hier zögert die Landesregierung wiederum zu lange, um den Unternehmern Sicherheit zu geben. Dazu werden die großen Investitionen, die die Wirte getätigt haben z.B. in Lüftungs- und Filteranlagen von der Regierung nicht gewürdigt und beworben, so dass hier kaum Akzeptanz in der Bevölkerung aufgebaut wird.



### ARBEITSKREIS

Europa und Internationales



### ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Erick Schweickert MdL  
Daniel Karrais MdL



### IMPULSPAPIER

[Tourismus in Baden-Württemberg während und nach der Corona-Krise](#)

Abrufbar unter  
[www.fdp-dvp.de](http://www.fdp-dvp.de)

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.